Weltwochenscchau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 29

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Frankreich faszistisch?

Von Berlin und Rom mit Mißtrauen begrüßt, beginnt sich Frankreich nach dem Vorbilde der Sieger umzuformen. „Wir, Philippe Pétain, Marschall von Frankreich, erklären, die Funktionen des Chefs des französischen Staates zu übernehmen", lautet die erste amtliche Kundgebung des neuen Führers, der zwei Aemter, das des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten, in seiner Hand vereinigt und auf den eine ganze Reihe von Rechten übergehen, die bisher dem Parlament zustanden. Die Kammern treten als Träger der Souveränität in den Schatten der Geschichte zurück, der Dämmerung des klassischen französischen Parlamentarismus, die schon lange gedauert, folgt jäh die Nacht. Anderthalb Jahrhunderte hat er, mit verunglückten Anfangsstadien und mit Unterbrüchen, gedauert, und die Stabilisierung der Entwicklung seit dem Kriege von 71 hat gerade sieben Jahrzehnte gewährt.

Man könnte eine Parallele ziehen und sagen, die geringe Summe von Vertrauen, die man in Deutschland und Italien dem neuen Regime geschenkt, erinnere an die mißtrauische Begrüßung der deutschen Republik durch die Alliierten im Herbst 18, und die mit Sicherheit nachfolgenden Schröpfungen des Kolonialbesitzes würden ähnliche Auswirkungen zeitigen, wie die furchtbare Belastung des Reiches durch den Versaillervertrag. So wenig sich im Reiche Republik und Demokratie einwurzeln konnten, weil sie mit der tiefsten Demütigung und der materiellen Unterdrückung verbunden waren, so wenig könne sich in einem besiegten Frankreich die Liebe zu einem Regime entwickeln, das Frankreich und seinem neuen System nur „Hypotheken" und keine Chancen bringe.

Aber der Vergleich ist falsch. Was in Frankreich geschieht, hat eine Vorgeschichte ganz andern Charakters als die der deutschen Republik. Und die vollzogene Schwenkung ist eine andersartige als die des Reiches in seinem Falljahre 18. Die gesellschaftliche Strukturveränderung hat auch bei den Arbeitermassen der dritten Republik einen militanten Kommunismus erzeugt, der die Diktatur erstrebt, und die faszistischen Rechte, die ja nichts anderes als dieselbe Diktatur „ohne Köpfung der Elite" will, schreibt ihre Geburt von denselben Ahnen her wie die kommunistische Linke. Trotz republikanischer Tradition funktionierte die Republik vor allem in der Wirtschaft anders als „demokratisch" . . . und gar nicht „tugendhaft-republikanisch". Ihr fehlten die einheitliche Kraft, der sichere Wille, die Zielfestigkeit und die notwendige Einsicht, den Forderungen der Zeit gerecht zu werden. Das Schwanken zwischen Konjunktur und Krise bei dauernd steigender Verschuldung des Staates . . . bis ins Untragbare . . . die ständig drohende Massenarbeitslosigkeit . . . wie in sämtlichen Staaten des alten Westens, und dazu die wuchernde Korruption, die den Staat bis in die heiligen Räume seiner führenden Kreise im Solde anarchistischer Wirtschaftsmächte zeigten . . . all dies existierte, und das Wissen um die Notwendigkeit einer starken Hand existierte ebenfalls.

Und diese Tatsachen sind es, die verhindern werden, daß der neue Kurs „nur vom fremden Kredit leben" muß. Vielleicht hätte auch eine deutsche Republik mit entschlossenem nationalem und sozialem Willen eigenen Kredit besessen . . . was weiß man heute! Jedenfalls aber darf als sicher angenommen werden, daß ihn die Autoritären in Frankreich vorfinden werden, falls sie verstehen, wofür sie ihre Macht einzusetzen haben.

Und wofür denn? Und wird der eigentliche aktive Machthaber, der Stellvertreter Pétains, Laval, wissen wofür? Es wäre natürlich, daß Laval getreu dem Geiste, der jedem national-autoritären System notwendig innewohnt, als Erstes die Reorganisation der Armee versuchen und ihr späteres Ziel zeigen würde. Hieran wird ihn vorderhand die deutsche Besetzung verhindern . . . und später wird ein Friedensvertrag solchen Bestrebungen so sicher Schranken setzen, als der deutsche Sieg unzweideutig und weltgeschichtlich endgültig scheint. Bleibt als zweites die restlose Umgestaltung der Verwaltung und der nationalen Erziehung, eingeschlossen die Presse und die Organisation des Vereinswesens. Eine Umbesetzung der Stellen, vom obersten bis zum untersten Amte, eine Säuberung des Lehrkörpers, der Redaktionsstuben, der Filmproduktion . . . irgendwo muß der hinauszuwerfende Gegner gefunden werden. Aber all das wird nicht an die Wurzeln der Uebel, an denen der Staat krankt, gelangen. Und wenn man die sozialen Probleme so anfaßt, daß man die Arbeitslosen einfach mobilisiert und sich dabei möglichst wenig kosten lassen will, tritt man einfach in die Spuren irgendeiner reaktionären Methode alten Stils. Sofern Laval den Deutschen und Italienern das Geheimnis ihrer Erfolge ablauschen will, muß er zur Dirigierung des Kapitals übergehen. Und gerade in diesem Punkte scheinen die Sieger Laval, der mit französischen Großbankenbeziehungen auftrumpfen kann, nicht zu trauen, und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er sei Exponent des Judentums, haben diese Tatsache als Grundlage.

Das Geheimnis der deutschen Rüstungsfinanzierung müßte, übrigens nicht nur in Frankreich, der wichtigste Studiengegenstand aller Volkswirtschaftler und aller Staatslenker sein. Die 90 Milliarden, die man dem Reiche heute vorrechnet, schuldet der deutsche Staat seinen Gläubigern nur zum kleinen Teil. Der Rest wurde aus sehr hohen Steuern bezahlt. Aber diese Steuern, aus denen der deutsche Staat seine Aufträge finanzierte, wurden für die Wirtschaft zur Quelle immer höher wachsenden Verdienstes . . . und damit wachsender Steuerkraft. Wenn Frankreich seine horrenden Schulden abzahlen, wenn es die Kosten der Besetzung, spätere allfällige Kriegsentschädigungen bestreiten und überdies seine Wirtschaft „echt autoritär" in Gang setzen will, kommt es niemals ohne revolutionierende Aenderung seiner Politik gegenüber dem Kapital aus. Und daran könnte Laval, ein Mann der Banken, wie so mancher frühere Regierungschef oder Minister, und darum Berlin und Rom nicht genehm, scheitern. Scheitern, weil er nicht umdenken kann. Weil er die „Autorität" nur dem maulenden Bürger und Proleten, nicht aber den Kontrolleuren des Reichtums gegenüber einsetzt. Hier finden wir in der Tat den Unterschied zwischen „alt" und „neu". Und die Gründe, warum die „neuen" Mächte in Laval einen der „Alten" mutmaßen. Vielleicht sorgt man in Deutschland dafür, daß Laval gesagt wird, die neue Methode schlage nicht etwa zum Schaden des Kapitals aus, sondern zu seinem Vorteil.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß der deutsche Initiator des „Finanzwunders", der ehemalige Reichsbankdirektor und zeitweilige Wirtschaftsdiktator, Hjalmar Schacht, von Hitler beauftragt worden ist, die Grundzüge einer neuen europäischen Wirtschaftsordnung zu entwerfen, und daß er mit seinem Auftraggeber in letzter Zeit konferiert hat. Schon diese eine Tatsache zeigt an, daß die französische Neuordnung unter ganz andern Aspekten einsetzt, als anno 18 die deutsche. Frankreich wird nicht, wie seinerzeit das geschlagene Reich, „entlassen", um zu schuften und die jährlichen Milliardentribute abzuliefern. Es wird von Anbeginn einbezogen in einen Ge-

samtorganismus, dem ohne Zweifel die Prinzipien eines neuen Wirtschaftens zu Grunde liegen. Und diese Prinzipien sehen anders aus als jene, die anno 18—19 zu jener irrsinnigen Annahme führten, ein Staat könne ohne Schaden für die andern Jahr für Jahr soundsoviele Milliarden aus seiner Wirtschaft pumpen und den andern bezahlen. Es wird wohl heute den Siegern von damals klar sein, daß sie die deutsche Wirtschaft zum forcierten Export, zum Dumping und zur Ruinierung der Konkurrenz zwangen. Im „neuen Wirtschaftsdenken" wird nicht mehr das Phantom der Milliarde, sondern die greifbare Rohstoffmasse die Hauptrolle spielen, und man wird in den Siegerstaaten eine französische Regierung wollen, die begreift, welche Rohstoffmengen Deutschland und Italien geliefert wünschen, und zu schätzen weiß, was die andern liefern. Daß in einem europäischen Gesamtgebiet, wie es organisiert werden soll, Währungseinheit bestehen und die Zollschranken wegfallen sollen, versteht sich sozusagen von selbst.

Die erste Tat der neuen Regierung in Frankreich, die „Berufung eines neuen Ministeriums" . . . nachdem das Parlament Pétains Verfassung zugestimmt, ist zwar neu und räumt auf mit der alten Notwendigkeit, diese Regierung durch Parlamentsabstimmung bestätigen zu lassen; aber daß man die geflohenen Lehrer absetzt, und den heimkehrenden Soldaten 1000 Frs bezahlt, damit sie bis zum Finden einer Arbeitsstelle leben können, beweist noch sehr wenig, vor allem nicht, daß Pétain und Laval schon „die neue Zeit" darstellen. Es sind sehr wohl neue Schübe möglich, bis die Leute ans Ruder gerufen werden, die den Diktatoren Gewähr für ein tatsächliches Mitgehen bieten. Wahrscheinlich hat die Loslösung des Franc vom englischen Pfund in Berlin und Rom gefallen . . . die Dirigierung des Franc nach dem Dollarkurs aber kann nicht gefallen haben. Denn der Dollar muß als „jüdisch" gelten, nach der ganzen Lage der internationalen Sympathien und Antipathien. Und man könnte leicht Anzeichen aufzählen, die in ähnlicher Weise die Orientierung des Lavalkurses bedeuten . . . nicht achsenwärts, sondern immer noch westlich. Und darum nicht fascistisch, wie es die fascistischen Staaten wünschen.

Wenn der deutsche Sieg über England Tatsache wird, kann sich Frankreich wohl auch solche Varianten wie heute nicht mehr erlauben.

Der Krieg zur See und in der Luft

Es ist immer noch nicht zum deutschen Landungsversuch gekommen, und es hat den Anschein, als ob vorgängig diesem Versuch ganz andere Dinge geschehen werden. Man muß feststellen, daß die Engländer zwar den ganzen europäischen Kontinent blockieren und alle Staaten wirtschaftlich einengen, eingeschlossen die nordafrikanischen Gebiete, daß nun aber umgekehrt auch eine deutsche Blockade Englands mehr und mehr wirksam wird.

Es wird nun von einer Besetzung Irlands gesprochen, die vor der Landung in England selbst versucht werden soll. Irlands Armee ist zu schwach, verglichen selbst mit den Armeen der andern geschlagenen kleinen Staaten, und wenn Zeitungsmeldungen vom irischen Widerstandswillen im Falle einer Neutralitätsverletzung sprechen, packt einen fast das Mitleid.

Die Landung in Irland scheint aber aus andern Gründen nicht leicht zu sein, sind dabei doch Meeresstrecken zu queren, die ähnliche Distanzen wie von Sylt nach Bergen oder Oslo bedeuten; sie sind aber nicht von einer nahen Basis wie von Dänemark aus zu kontrollieren und zu beherrschen. Vielleicht handelt es sich nur um Gerüchte. Aber wenn es sich um mehr als nur um Gerüchte handeln sollte, und wenn die Eroberung der „grünen Insel" gelänge, dann müßte sich die britische Lage rasch zum Schlimmsten entwickeln.

Man überlege: Heute verproviantiert sich England hauptsächlich von seinen westlichen Häfen aus; die Zufuhr über Süd- und Ostengland wird immer schwieriger. Von Irland aus würde die deutsche Luftflotte auch die westlichen Häfen bedrängen, und die Belagerung der britischen Inselfestung würde sich der Einkreisung nähern.

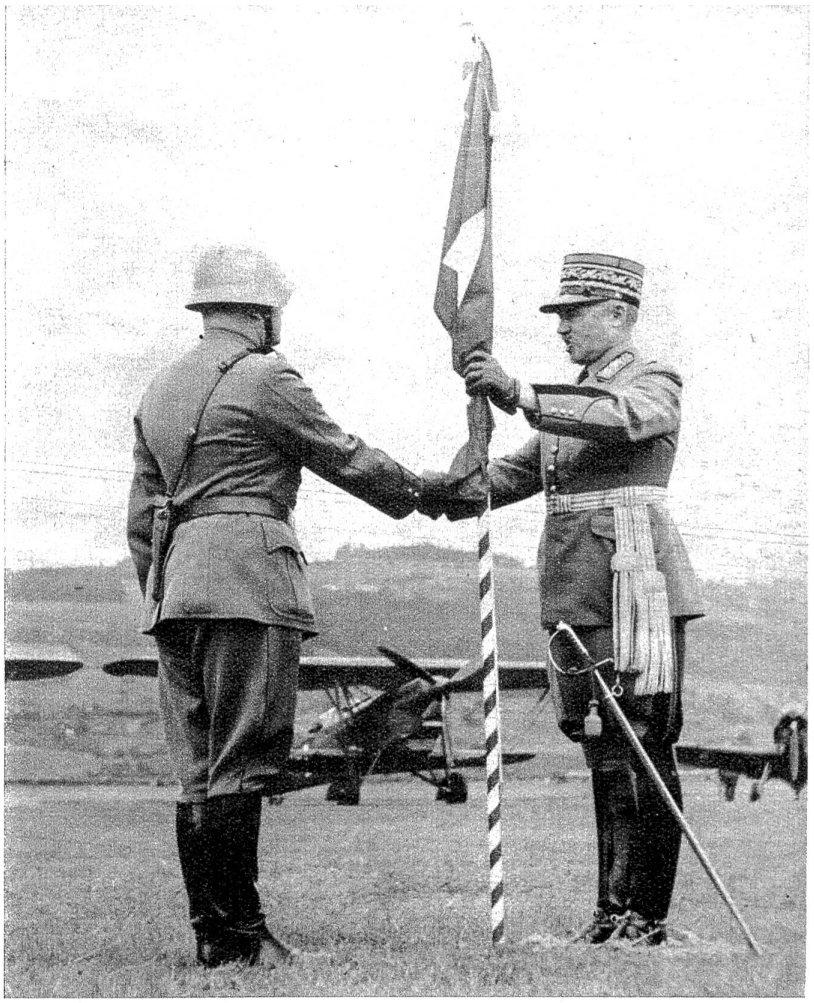
Was dies aber heißen will, begreift man, wenn man die Erfolge der deutschen U-Boote, Schnellboote und Luftbomber gegen Transportschiffe in den letzten Wochen mit den Zahlen vergleicht, die in den Monaten vor dem Beginn des wirklichen Krieges im Westen galten. Damals gab es Wochen, in welchen überhaupt keine neuen Versenkungen vorkamen, und die Ziffern schwankten zwischen Null und zehn oder allenfalls bis zwanzigtausend Tonnen versenkten Schiffsraums. Heute melden die Deutschen einen wöchentlichen Durchschnitt von 100,000 versenkten Bruttoregistertonnen. Besonders betont wird dabei, wie stark die britische Tankerflotte hergenommen werde, und daß gerade hier unersetzliche Verluste gebucht werden müßten.

England bestreitet die deutschen Zahlen, und wenn seit Beginn des verschärften Blockadekrieges und der deutschen Gegenmaßnahme, des „Krieges gegen bewaffnete Handelsdampfer", allein durch Treffer aus der Luft eine volle Million Tonnen vernichtet sein sollen, so geben die britischen Meldungen nur ein Viertel zu. Ueberhaupt nur ein Viertel. Auch was die Gesamtzahl von bisher verlorenen 4 Millionen Tonnen angeht. Liest man die britische Dementierung genau nach, dann wird freilich nur von „britischen Schiffen" gesprochen, während Deutschland den ganzen England dienstbaren Schiffsraum überhaupt aufzählt. Man könnte, wenn man alle registrierten Ziffern nachläse, am Ende auf die wirklichen Verluste kommen, die zugegebenen britischen, sowohl wie die französischen und neutralen. Allein das Unterfangen hat einen Haken, besonders weil man nicht immer weiß, ob die von einzelnen U-Booten erzielten Treffer „nachgeführt" werden, also die gemeldeten Zehntausender die oder jene frühern Zahlen mitenthalten. Vier Millionen Tonnen . . . das wäre in der Tat eine erschreckende Angelegenheit, und man kann sich an den Fingern abzählen, was es hieße, jede weitere Woche neue hunderttausend, in zehn Wochen eine weitere Million einbüßen! Und es ist etwas anderes, ob England oder die Achsenmächte soviel verlieren! Deutschland und Italien haben bewiesen, daß sie zur Not ohne Uebersee-Einfuhr existieren können, und seit der Beherrschung des Kontinents glaubt man ihnen den Beweis noch mehr als früher. England aber verliert mit jedem Schiff einen Stein seines Fundamentes und muß bei gleicher oder noch gesteigerter Vernichtung des Schiffsraums den Verzweiflungen einer Belagerung entgegen gehen, auch wenn kein deutscher Fallschirmler die Insel erreicht.

Die andauernd verschärften Luftkämpfe an der Süd- und Ostküste Englands und die gleichzeitig einsetzenden Seekämpfe im Mittelmeer können als Vorboten des nahe bevorstehenden Landungsversuches gelten, sind es aber nicht mit Sicherheit. Ebensogut dienen sie der Intensivierung der bisherigen einfachen Schiffs- und Vorratsvernichtung. Den zweiten Zweck erreichen sie jedenfalls, auch wenn der erste gemeint ist. Die einfachste Ueberlegung sagt, daß getroffene Kriegsschiffe den Wegfall des Schutzes für die Handelsflotte bedeuten, und daß es gelänge, die Flotten in den Häfen zu treffen und möglichst viele kleine und einen Teil der großen Einheiten kampfunfähig zu schießen, der Orkan der Zerstörung erst recht viele „Transporter" verschlingen müßte.

Man gäbe deshalb viel darum, wenn man wüßte, wie die ersten großen Kämpfe der Luftflotten über der britischen Küste und die Seegefechte im Mittelmeer seit dem 8. und 9. Juli tatsächlich verlaufen seien. Von den Seeschlachten gegen die Italiener gewann man den Eindruck, daß die Engländer nicht gut abgeschnitten hätten. Und alle nachträglichen Meldungen der Italiener bestätigten den Eindruck einer britischen Schlappe . .

General Guisan bei der Fahnenübergabe an die Fliegertruppe am 7. Juli 1940 auf dem Belpmoos.



100 Jahre Schweizerfahne

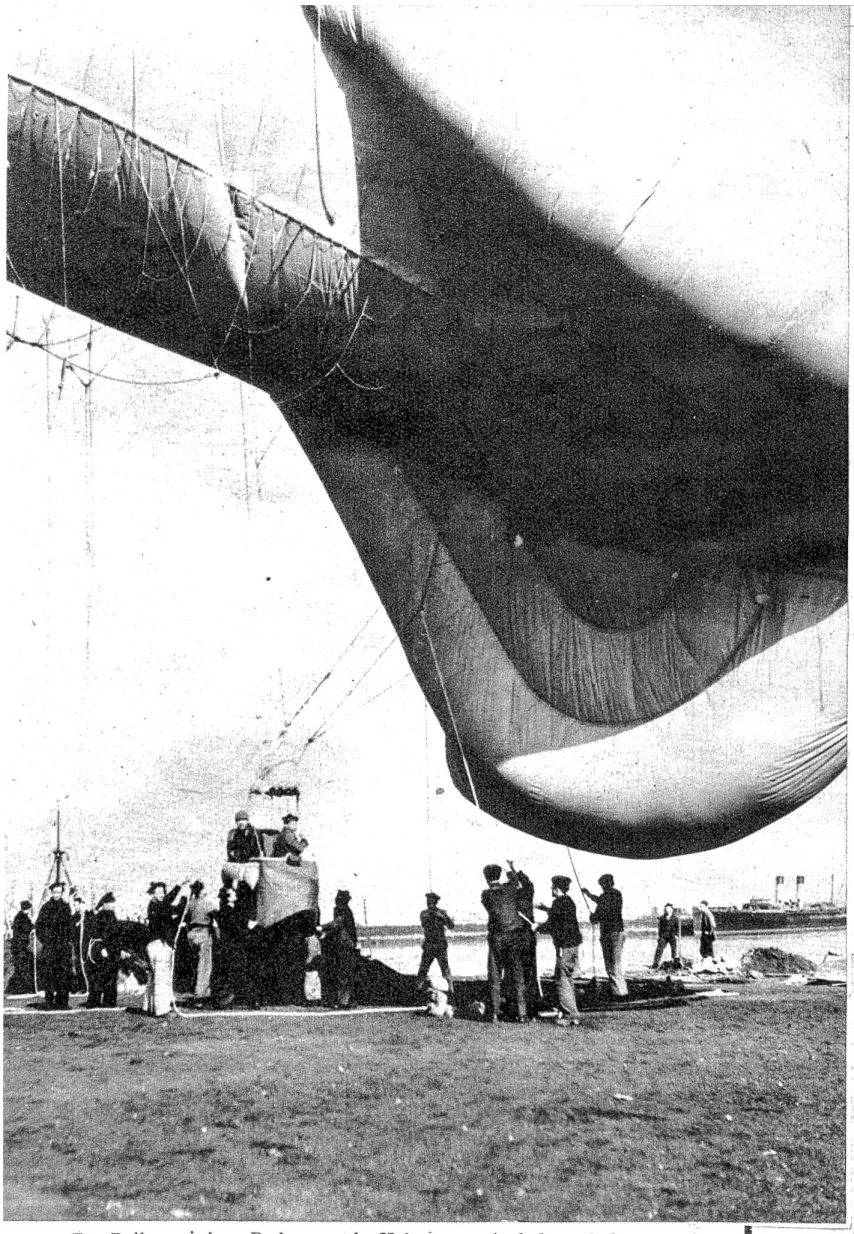
Am 21. Juli 1940 sind es genau 100 Jahre, daß der Antrag der Militäraufsichtsbehörde auf Einführung eines allgemeinen Feldzeichens durch die Tagsatzung aufgenommen wurde. Der unentwegte Vorkämpfer dieses Beschlußes, General Dufour, hatte vordem geschrieben: „Es ist wichtiger, als man glaubt, nur e i n e Fahne zu haben, weil die Fahne das Zeichen zur Sammlung ist, das Bild des gemeinsamen Volkstums." (Vergl. hiezu unsern Beitrag auf Seite 724.)

Bild unten: „Wenn Vater Dufour ruft!" Lithographie von Kaspar Ochsner von Witikon.

DER FESSELBALLON

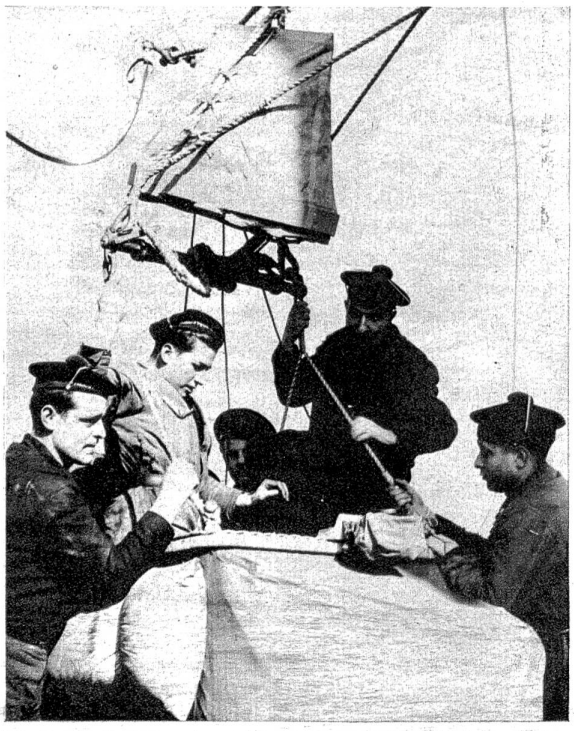
und seine Verwendungsmöglichkeiten

Der Fesselballon findet in der Marine eine vielseitige Verwendung. Man hat sich seiner während des letzten Krieges viel bedient, einerseits zur Auffindung von Minen und Unterseebooten, andererseits verwandte man ihn auf den großen Schiffen, um die weittragenden Geschütze an Hand seiner Beobachtungen einzustellen. Seit Beginn der Feindseligkeiten hat der Fesselballon im Seekrieg, sowohl auf deutscher wie auf englischer Seite, wieder seine alte Stelle eingenommen.

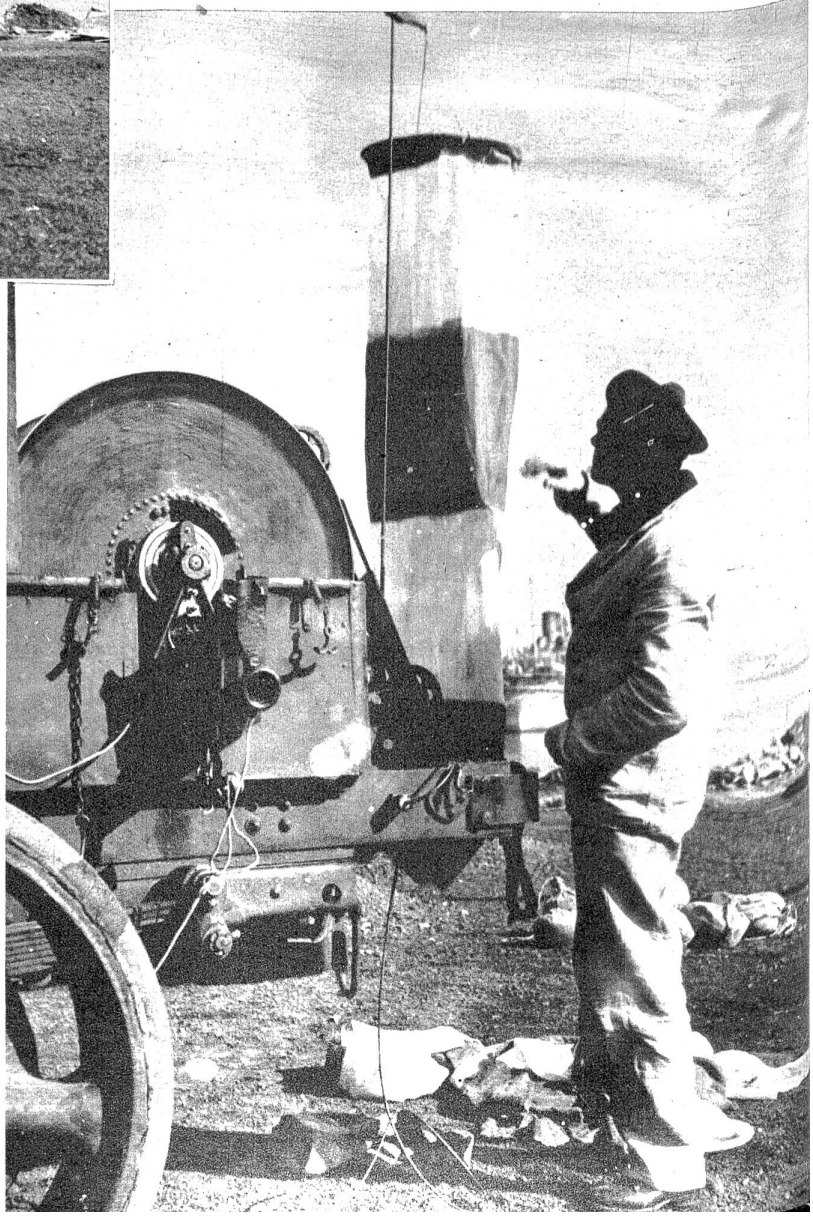


Der Ballon wird am Boden von der Haltemannschaft festgehalten.

Bild unten: Nach und nach rollt sich das Kabel ab, an welchem in gewissen Abständen kleine Beutel aus weissem und rotem Stoff angebracht sind, um die Flieger aufmerksam zu machen.



Der Beobachter legt in der Gondel seine Bordinstrumente und den Fallschirm zurecht.



und der Beschönigung dieser Schlappe durch die erste Londoner Darstellung. Danach hätten sich die italienischen Schiffe in den Schutzbereich ihrer Küstenbefestigungen zurückgezogen, und Englands ruhmreiche Flotte fand keine Gelegenheit, sich wirklich mit der italienischen zu messen. Aber es hat den Anschein, als ob sich die Flotten gar nicht miteinander gemessen, daß vielmehr die britische Schlappe durch den Einsatz der italienischen Fliegerwellen erzielt wurde. Nach der italienischen Darstellung steht es heute so, daß im östlichen Mittelmeer überall da, wo britische Kriegsschiffe auftauchen, sogleich auch die Schwärme der gegnerischen Flieger erscheinen und die gepanzerten Meerriesen verfolgen.

Das ist eine andere Situation, als sie von denen erwartet wurde, die schon alle Küstenstädte Italiens von der britischen Flotte bombardiert sahen. Die Wucht des britischen Einsatzes müßte erst noch kommen, sonst sind wir so weit, daß man behaupten kann, Englands dominierende Stellung im Mittelmeer sei heute schon gebrochen und es sei nur eine Frage der Zeit, ob Italien mit seinem deutschen Verbündeten in Afrika zum Angriff schreiten werde.

Denn es ist ja klar, daß jene nicht mehr recht haben, die annahmen, England werde sofort die Verbindung zwischen Italien und seinen italienischen Besitzungen unterbinden . . . daß dies nicht mehr stimmt, wenn die britische Flotte aus den Meeresteilen südlich von Kalabrien und Griechenland vertrieben wird, wenn die Kriegsschiffe sich havariert entweder nach Alexandrien oder dann nach Gibraltar zurückziehen. Gelingen aber die Transporte über das Mittelmeer, stehen wir vor bösen Eventualitäten an der ägyptisch-sudanesischen Grenze. Aus England vernimmt man, daß im östlichen Lybien anstelle der unterlegenen farbigen Truppen weiße eingesetzt würden, und daß die von den Engländern genommenen Grenzforts wieder erobert seien.

Der Ausgang der Luftschlachten über England ist weniger geklärt. Nach deutscher Darstellung verschaffen die deutschen Jagdgeschwader in den Bomber-Aktionen dem Angriff jeweilen einen Schutz von solcher Wirkung, daß man bereits von einer völligen Beherrschung des Luftraumes über den Kampfgebieten sprechen könne. Auffällig ist dabei die Abnahme der britischen Einflüge über deutschem Gebiet.

Es ist angesichts dieser Sachlage schwer zu erklären, aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken sich der britische Premier Churchill äußern durfte, England werde niemals kapitulieren, werde nie „um Gnade bitten, höchstens Gnade anbieten"; lieber sehe man London in Schutt und Asche, als daß man sich von verächtlicher Zahmheit versklaven lasse. Wer etwas anderes glaube, der kenne England nicht. Die anderthalb Millionen Mann und die Million Ortswehren würden mit Fallschirmlern, den Luftlandetruppen und den Verrätern der fünften Kolonne fertig werden. Im übrigen denke man nicht daran, daß der Krieg in diesem Sommer zu Ende gehe; man rüste für 1941 und 42, was auch geschehe. Die Insel aber würde „Stadt um Stadt und Dorf um Dorf verteidigt".

Wenn sich nur der alte Lord mit der eisernen Stirn nicht Illusionen hingibt! Es ist unheimlich still um die deutschen Vorbereitungen, und man muß sich in Erinnerung rufen, daß bisher die Ueberraschungen immer von der Achse, d. h. von Deutschland herkamen. Und daß mehrmals der Schlag gegen die feindlichen Fronten an ganz anderer Stelle erfolgte, als die gesamte Welt annahm. Die „Blockierung Englands", das heute verdammt ist, keine Offensive aufs Festland mehr unternehmen zu können, die nervenzerreißende Erwartung eines deutschen Angriffs, der vielleicht für den Moment gar nicht geplant ist . . . das sind zwei Dinge, gegen die der wildeste britische Verteidigungswille ohnmächtig wäre. Uns sollte es nicht wundern, wenn man die „Insel" durch diese ohnmächtige Erwartung zu zermürben suchte, und den nächsten überraschenden Schlag an anderer Stelle, fern von wirksamen britischen Eingriffsmöglichkeiten, führen würde.

Der Wirtschafter als Bundesrat

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat nicht den übriggebliebenen welschen Nominierten, den Neuenburger Rais, auch nicht den Vertreter der chemischen Wissenschaft, den Basler Liberalen Dr. Koechlin, sondern den solothurnischen Nationalrat Dr. W. Stampfli, Direktor der von Rollschen Eisenwerke, zu ihrem höchst wahrscheinlich siegreichen Kandidaten gemacht. Als sozialdemokratischer Gegenkandidat wird auch nicht Johannes Huber, ebensowenig der aus Gewerkschaftskreisen bezeichnete Konrad Ilg, Nationalrat aus Bern, sondern der baselstädtische Regierungsrat und Ständerat Wenk bezeichnet, wie Dr. Stampfli 1884 geboren.

So stünden wir denn vor einer Situation, welche den Parteien Gelegenheit böte, ein altes Versprechen zu halten, und „bei der nächsten Vakanz" der Linken ihren Vertreter zu geben. „Niemand kann sagen, Herr Wenk sei niemand" . . . da muß man die Basler fragen, die genau wissen, wie Herr Wenk sich mit seiner Partei gegen links und rechts behauptet, wie er die Kommunisten, die nach mehr Radikalismus drängten, nicht fürchtete und ihre Anhänger langsam für seine gemäßigte Partei zurückgewann und doch auch bei den bürgerlichen Parteien den Boden nicht verlor.

Nun, aber auch Dr. Stampfli, der als Solothurner Herrn Obrecht nachfolgen soll, ist jemand, und seine Qualifikation ist so glänzend, daß sie der ruhige, tüchtige, ehrlich-kämpferische Mann der Linken nicht zu überholen vermögen wird. Versicherungsmathematiker, Nationalökonom, Jurist von seinen Studien her, praktischer Versicherungsmann, der auch unter deutschen Kollegen in der Branche arbeitete, dann glänzender Journalist, der sich als Leiter des „Oltener Tagblattes" auszeichnete, darauf Direktionssekretär in den von Rollschen Eisenwerken, und seit 29 Direktor . . . dazu in der solothurnischen Handelskammer und im Bankrat der solothurnischen Kantonalbank als praktisch und theoretisch Wirtschaftender tätig . . . man sieht, die Schule ist nicht einseitig, wie sich das für einen Bundesrat geziemt.

Was der Wirtschafter im Bundesrat für ein Gewicht haben wird, wissen wir. Die halbe Demobilmachung hat es schon gezeigt, und die ganze Demobilmachung wird es erst mit aller Deutlichkeit zeigen. Wenn Herr Obrecht „aufrüsten" mußte, die Kriegswirtschaft organisierte, wird Herr Stampfli die wohl schwerere Aufgabe der „Abrüstung", der Umstellung auf Friedenswirtschaft zu bewältigen haben. Und er wird zum vorneherein wissen, daß es gilt, sofort und mit allen Mitteln Ersatz für ausfallende Exportmöglichkeiten und neue Importquellen zu finden, und wenn dies nicht in vollem Umfange gelingt, Arbeit im eigenen Inland zu organisieren, die aber nicht einen großen Teil der Soldaten „für zwöi Fränkli" im Tag auf unbestimmte Zeit hinaus beläßt und Brutstätten des Umsturzgedankens statt des Bürgersinns, auf der Grundlage zusammengeschlossener Familien, schafft.

Wir fangen heute an, mit verschiedenen Rohstoffen . . . sagen wir Gummi, oder Papier, oder Eisen . . . so umzugehen wie die Kriegführenden . . . wir denken auch zuzeiten mit Grausen an die Staatsschuldenberge. Wird unser Wirtschaftsminister, welcher es auch sei, ein Wissen mitbringen, das versteht, die versprochene Arbeit, „koste es was es wolle", zu schaffen (und ohne „ewige" Arbeitslager!) und doch der eidgenössischen Schulden Herr zu werden? Diese Frage stellt man bei der Bundesratswahl vom 18. und 19. Juli 1940.

—an—